

DER POLITISCHE GASTBEITRAG

Die neue arabische Führungsmacht

Wer die Entwicklung im Nahen Osten beeinflussen will, kommt an Saudi-Arabien nicht mehr vorbei

Volker Perthes

22.05.2007, S. 10

Kaum ein regionaler oder internationaler Beobachter hätte vor vier Jahren erwartet, dass das Königreich Saudi-Arabien eine regionale Führungsrolle spielen würde. Israel, Iran und der Türkei bescherten die durch den Irak-Krieg hervorgerufenen Umwälzungen unmittelbare Sicherheits- und Einflussgewinne, während die Regime in Kairo, Damaskus oder Riad sich dem Druck ausgesetzt sahen, ihre Länder in Richtung Demokratie oder zumindest größerer politischer Freiheit zu entwickeln.

Heute ist Israel durch den Libanon-Krieg des Jahres 2006 und seine innenpolitischen Nachwirkungen geschwächt, die Türkei ist derzeit vor allem mit sich selbst beschäftigt. Iran ist zweifellos der nach den USA wichtigste externe Spieler im Irak, hat es allerdings nicht geschafft, bei seinen regionalen Nachbarn Vertrauen aufzubauen. Saudi-Arabien, dessen stockkonservativem monarchischem System immer wieder sein baldiges Ende vorausgesagt wurde, hat sich eindeutig in die Position einer arabischen Führungsmacht manövriert.

Saudi-Arabien ist auch der wichtigste Partner der USA am Golf geblieben. Weil das amerikanische Experiment im Irak so wenig erfolgreich verläuft, fühlt man sich im Königreich heute nicht mehr von amerikanischen Demokratisierungsprogrammen bedroht. Die Prinzen sind heute sehr viel sicherer, dass sie Amerika keinesfalls in allen Fragen folgen müssen, um die Freundschaft und im Zweifelsfall auch den Schutz Washingtons zu erhalten. König Abdullah qualifizierte die amerikanische Präsenz im Irak öffentlich als „illegale Besetzung“.

Die saudische Führung hat das so genannte Mekka-Abkommen zwischen dem palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas und der Hamas vermittelt, auf dessen Grundlage eine palästinensische Regierung der nationalen Einheit zu Stande kam. Wie die jüngsten Kämpfe zeigen, ist der Erfolg der saudischen Initiative in Palästina alles andere als gewiss. Saudis und auch die politischen Führer von Fatah und Hamas halten dennoch an der Einheitsregierung fest, weil sie wissen, dass die Alternative der offene Bürgerkrieg wäre und dieser wohl ein Ende der palästinensischen Autonomie bedeutete.

Die saudischen Bemühungen um Lösungen oder Arrangements für regionale Probleme entsprechen inhaltlich nicht der US-amerikanischen Sicht. So hatten die amerikanische und auch die israelische Regierung darauf gesetzt, dass Fatah sich letztlich gegen die Hamas-geführte Regierung durchsetzen würde; dazu war man auch bereit, die Truppen des Präsidenten und seiner Partei mit Waffen zu beliefern. Die saudische Philosophie für den Umgang mit Konflikten in der Region ist eine andere: Sie betont die Notwendigkeit eines Konsenses, bei dem alle relevanten Parteien am Tisch sitzen und am Kuchen teilhaben.

In gleicher Weise bemühen die Saudis sich um eine Beilegung der Regierungs- und Verfassungskrise in Libanon. Sie reden mit allen Parteien, die dort etwas zu sagen haben,

einschließlich der Hisbollah, deren Parlamentarier der König in Riad empfing, und ihren iranischen Unterstützern. Iran gegenüber fährt Riad eine Diplomatie, die den iranischen Einfluss im Irak, in Syrien und in Libanon einzudämmen sucht und gleichzeitig um einen Interessenausgleich bemüht ist. Den Einfluss auf schiitische Parteien im Irak und in Libanon erkennen die Saudis an, machen aber klar, dass sie eine Marginalisierung sunnitisch-arabischer Kräfte im Irak etwa nicht tolerieren würden.

Im Atomstreit zwischen Teheran und dem Uno-Sicherheitsrat hält die saudische Führung sich mit öffentlicher Kritik am iranischen Nachbarn zurück, betont aber intern ihre Beunruhigung über dessen Atomprogramm und lässt im Verbund mit den anderen Monarchien auf der arabischen Halbinsel schon mal ein eigenes Golf-arabisches Nuklearprogramm ankündigen. Zudem rüstet Riad auf: Die Verteidigungsausgaben beliefen sich 2006 auf 27 Milliarden Dollar, mit Abstand das größte Militärbudget in der Region.

Eine besonders aktive Rolle spielt Saudi-Arabien in den Bemühungen um eine Wiederbelebung des nahöstlichen Friedensprozesses. So wurde auf dem jüngsten arabischen Gipfeltreffen in Riad, im Herzland des Islams, auf saudisches Betreiben hin die erstmals 2002 verabschiedete Arabische Friedensinitiative demonstrativ bestätigt. Inhaltlich werden darin die Anerkennung Israels durch die arabischen Staaten und der Aufbau normaler Beziehungen mit dem jüdischen Staat angeboten, wenn Israel sich aus den 1967 besetzten arabischen Gebieten zurückzieht und einen umfassenden Frieden mit den Palästinensern schließt.

Europäer sollten mit Blick auf diese Entwicklungen dreierlei berücksichtigen: Wer in den kommenden Jahren aktiv auf die Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten Einfluss nehmen will, wird kaum an Riad vorbeikommen. Zweitens hat die saudische Führung ganz andere Vorstellungen von den richtigen innenpolitischen Entwicklungen in den Staaten der Region als westliche Akteure. Das saudische Konsensmodell setzt auf Inklusion, ist aber nicht demokratisch. Allgemeine, freie Wahlen, die eine Mehrheit als Sieger und eine vielleicht auch noch knappe Minderheit als Verlierer produzieren, entsprechen diesem Modell nicht. Saudi-Arabiens neue Regionalpolitik verzichtet, drittens, im Umgang mit anderen nah- und mittelöstlichen Akteuren auf all jene Schwarz-Weiß-Schablonen, die in der internationalen Debatte so gerne verwendet werden: die Einteilung in „moderate“ und „radikale“ Kräfte etwa. Man handelt in Riad auf der Grundlage, dass man zur Problemlösung zwar nicht jeder Partei alles, aber allen doch zumindest etwas von dem geben muss, was sie als ihre legitimen Interessen betrachten. Dies könnten auch westliche Akteure im Umgang mit den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens beherzigen.



**VOLKER
PERTHES**

leitet die Stiftung
Wissenschaft und
Politik in Berlin.